

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags an Sonn- und Feiertagen morgens. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zustellung im Voraus für drei Monate 2,50 Mark. Bei Bestellung ohne Nachzahlung monatlich 75 Pf., bei Zustellung unter der Woche 10 Pf. in den ersten Monaten bei Bestellungen für 12 Monate 7,50 Mark. Redaktion: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 III. Verlagspreis: Amt Norden 2895 und 2896.



Die

Interesse haben die abgesetzte Temporelle über deren Raum 75 Pf. „Klein Anzeigen“ das festgedruckte Wort 40 Pf., jedes weitere Wort 20 Pf. Anzeigenpreis 50 Pf. Bei Familien- und Veranlassungsanzeigen 10 Pf. der Zuschlag 10 Pf. Interests für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein. Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19, Verlagspreis: Amt Norden 2768.

Die Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Jahrgang 2

Freitag, den 28. Februar 1919

Nummer 107

Verständigung oder Gewalt?

Verhandlungen in Aussicht.

Leipzig, 28. Februar. Wie der hiesige A. und S.-Rat mitteilt, sollen heute nachmittags zwischen Vertretern der Reichsleitung und den Streikenden in Halle Verhandlungen beginnen. Der Streik in Thüringen hat sich auf Euhl, Greiz und andere Industrieorte ausgedehnt. In allen vom Streik betroffenen Orten ist das Erscheinen bürgerlicher Zeitungen verboten.

Die Absichten der Regierung.

Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ aus dem Reichswehrministerium erzählt, sieht man der Entloftung der geplanten militärischen Maßnahmen in Mitteldeutschland mit Vorsicht entgegen. Es fanden auch Besprechungen mit Abgeordneten der vom Streik betroffenen Gegenden statt, so am Donnerstag mit dem Abgeordneten Deltus (Demokrat) und Thiele (Mehrheitssozialist). Man hofft, besonders im Falle des Meiner nach durch Verhandlungen zu einer Einigung zu gelangen, ist aber sonst entschlossen, die für die Allgemeinheit so notwendige Wiederaufnahme der Arbeit auf den Bahnen mit allen verfügbaren Mitteln hastig herbeizuführen.

Ruhe in Leipzig und in Halle.

(Privattelegramm der „Freiheit“)

Leipzig, 28. Februar. Die gestern von W. T. O. verbreitete Nachricht des Austritts des bisherigen Vorsitzenden Seeger, des A. und S.-Rats in Leipzig, ist bereits vor einigen Tagen erfolgt und hängt mit dem Generalstreik in keiner Weise zusammen. Er erfolgte, da Seeger als Mitglied der Reichs- und der sächsischen Nationalversammlung und als Vorsteher der Stadverordnetenversammlung mit Arbeit überlastet ist. In Leipzig herrscht vollkommene Ruhe. Alle anderen Meldungen der bürgerlichen Presse sind unwahr. Dasselbe ist in Halle der Fall. Halle ist von der Außenwelt abgeschnitten. Durch die Verbreitung von Meldungen über Unruhen und Ausschreitungen will man den Boden bereiten für die von der Reichsregierung geplante Anwendung von Gewalt.

Halle abgebrochen.

Die „Bolschewistische Zeitung“ meldet aus Weimar: Halle ist von jedem Verkehr mit der Außenwelt abgeschnitten, und zwar, wie sich jetzt herausstellt, nicht etwa durch den Streik, sondern durch die Maßnahmen der Reichsregierung, die alle Zufuhren unterbinden und auch den letzten nach Halle rollenden Eisenbahnwagen aufgehalten hat.

Proteststreik in Königsberg.

(Privattelegramm der „Freiheit“)

Königsberg (Pr.), 28. Februar. Die Gewerkschaften, die Postarbeiter sowie die Eisenbahner von Königsberg traten am 27. Februar in den Proteststreik wegen der Lebensmittelpenknappheit ein. Der Verkehr ruhte, Zeitungen erschienen nicht. Am Nachmittag drang eine größere Menge in das Polizeipräsidium ein und holte die dort lagernden Waffen des öffentlichen Sicherheitsdienstes heraus. Die von der bürgerlichen Presse berichtete Besetzung des Schlosses ist unwahr. Heute ist die Arbeit wieder aufgenommen worden, da Zusicherungen auf Mehrverteilung von Lebensmitteln gemacht worden sind.

Angriff auf einen Eisenbahnzug.

Tessau, 28. Februar. W. T. O. meldet: Laut Anhalter Anzeiger wurde gestern Abend ein mit Spartakisten und etwa 200 Fahrgästen besetzter wilder Zug, als er die Signalzeichen „halt“ überfahren hatte, durch Maschinengewehrfeuer der Thüringer Bahnhofswachung zum halten gezwungen. Dabei wurden eine Frau getötet und acht Zivilisten zum Teil schwer verletzt. Die ganze Spartakistenbesatzung, darunter der Bahnhofskommandant von Halle, ein 19-jähriger junger Mann, wurden verhaftet. Die Spartakisten ließen den Zug auf vielen Stationen halten, um anarchoistische und aufwieglerische Flugblätter zu verbreiten. Im nahen Gddeck wurde

ein polnisches Automobil mit Spartakisten, die die anhaltischen Bergwerksbesitzer zum Streik aufstacheln wollten, angehalten; die Insassen wurden verhaftet.

Selbst diese bürgerliche Darstellung weiß keinen Grund zu melden, weshalb auf einen haltenden Zug Maschinengewehrfeuer eröffnet werden mußte. Über gegenwärtig ist alles gestillt.

Ein Einigungsantrag in München.

München, 28. Februar.

In der gestrigen Nachmittags-Sitzung wurde ein Antrag eingebracht, der von sämtlichen Gruppen mit Ausnahme der äußersten Linken unterzeichnet ist. Er lautet:

„Der Räte-Kongress erklärt sich mit dem Vornahmen des Zentralrats, wonach

1. der Landtag aus Gründen seiner eigenen Sicherheit in Anbetracht der Volksstimmung vorerst vertagt bleibt,
 2. die Tagung des provisorischen Nationalrates für geschlossen erklärt werde,
- einverstanden. Ueber eine Wiedereinberufung des Landtages entscheidet die revolutionäre Regierung in Gemeinschaft mit dem Aktionsausschuss. Die jetzige Tagung der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte stellt den provisorischen Nationalrat des freien Volksstaates Bayern dar. Doch soll von der nächsten Tagung ab der provisorische Nationalrat aus 210 Mitgliedern bestehen, die von den Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte in acht Klassen nach dem vom Zentralrat herausgegebenen Richtlinien zu wählen sind.

Der zur Wahrung der Geschäfte zu wählende Aktionsausschuss, dessen Mitglieder jederzeit vom provisorischen Nationalrat abberufen werden können, bildet einen Zentralrat, dessen Mitglieder wiederum dem Aktionsausschuss verantwortlich sind und von ihm abberufen werden können. Die künftige Verfassung des freien Volksstaates Bayern hängt ab von einer großen und schematischen Volksausklärung. Zu ihrer Durchführung wird ein selbständiges Ministerium für Volksausklärung geschaffen. Der Kongress der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte wählt ein neues Ministerium unter Einwirkung eines Bauernbündlers als Landwirtschaftsminister. Der Aktionsausschuss hat mit dem Ministerrat die Frage der Erneuerung von Staatsfeindlichen zu entscheiden. Das gesamte Ministerium ist dem Zentralrat, beziehungsweise dem provisorischen Nationalrat verantwortlich.“

Falsche Gerüchte über München.

München, 27. Februar. Aus der Provinz laufen telephonische Anfragen in München ein, ob sich eine aus Berlin kommende Meldung bewahrheitete, daß heute nacht die bayerische Notenbank, sowie Post und Telegraph von Spartakisten besetzt worden seien. Daran ist kein wahres Wort. Alle solche Alarmnachrichten sind mit äußerster Vorsicht aufzunehmen.

Wie aus dieser Meldung hervorgeht, werden sehr die Falschmeldungen über München in Berlin erzeugt. Die bürgerliche Presse kann das Lügen nicht lassen.

Verstaatlichung des Inveratenwesens in Bayern.

München, 27. Februar. Im Räte-Kongress ging heute folgender Antrag ein: Der Zentralrat solle eine Kommission einsetzen, welche die Verstaatlichung des Inveratenwesens sofort in Angriff nimmt.

Die Lage in Düsseldorf.

Düsseldorf, 27. Februar. Der Generalstreik, der über Düsseldorf verhängt worden ist, ist nunmehr durch die Bewilligung von 75 v. H. des Arbeitslohnes während des Streiks durch die Arbeitgeber seinem Abschluß nahe.

Inzwischen meldet der „Vorwärts“ aus Bochum: Die Zustände in Düsseldorf haben sich derzeit zugepunkt, daß der Einmarsch der Regierungstruppen befohlen wurde, der dann ohne Schwierigkeiten durchgeführt werden konnte. Eine auch von den Unabhängigen unterschriebene Erklärung weist darauf hin, daß der Einmarsch der Regierungstruppen lediglich zum Schutze der Bevölkerung und für Ruhe und Ordnung zu sorgen, erfolgt ist.

haupt. Gegen jede militärische Organisationsform stimmen würden. Aber der Gesetzentwurf der Regierung bietet nicht die geringste Garantie dafür, daß die neue Reichswehr nicht für reaktionäre Zwecke mißbraucht werden könne. Nach den Erfahrungen, die man der Organisation der Truppen, wie sie Herr Noske betreiben läßt, gemacht hat, war es ganz selbstverständlich, daß unsere Genossen gegen ein Gesetz stimmten, das alles Wesentliche der Ausführung der Regierung überläßt.

Wie weit sich die rechtssozialistischen Führer übrigens von dem Empfinden der Arbeiterklasse entfernt haben, dafür gab die Debatte neue Beweise. Es war nichts als ein Geschimpfe auf die streikenden Arbeiter, die von den bösen Unabhängigen so verhetzt seien, daß eben nur militärische Mittel noch übrig blieben. Es sind dieselben Töne und dieselben Redensarten, die früher von den Scharfmachern bei jeder großen Streikbewegung angeklungen worden sind, und man wundert sich höchstens, daß die Rechtssozialisten noch nicht das alte Buchhausgesetz ausgegraben haben und es der Nationalversammlung zur Annahme empfehlen.

Daß die geistige Verfassung mancher rechtssozialistischen Führer kein großes Hindernis mehr bietet, das beweisen ja die Aeußerungen, die sie sich in der Polemik über die Unabhängigen geleistet haben. Herr Noske ging mit der Behauptung treiben, daß Genosse Barth für die Organisation der Revolution russische Gelder empfangen hätte. Und der Mann, der seine Stellung der Revolution verdankt, war sichtlich entrüstet, daß die Unabhängigen den „Bürgerkrieg in Deutschland entzündet und den Arbeitern die Pistolen gegeben habe, nur „zu dem Zweck gegen die eigenen Volksgenossen Krieg“ zu führen. Wenn ein konservativer Junker die Revolution als Krieg gegen die eigenen Volksgenossen denunziert, braucht man sich ja darüber nicht zu wundern. Daß Herr Noske aber so bald nach dem 9. November in dieser Weise über die Unabhängigen herfällt, die allerdings sehr im Gegensatz zu seiner Partei die Revolution vorbereitet und durchgeführt haben, ist wirklich ein starkes Stück.

Und es war nur eine Ergänzung, daß Herr Otto Braun dann überhaupt jede Unterstützung einer Revolution verleugnete und behauptete, die deutsche Sozialdemokratie hätte nie die russische Revolution gegen den Zarismus unterstützt, die Gelder seien nur für die Opfer des Zarismus bestimmt gewesen. Zum Glück für den Ruf der deutschen Sozialdemokratie ist das ja nun nicht wahr, aber daß die Rechtssozialisten sogar die revolutionären Sympathien in der Vergangenheit verleugnen, ist denn doch charakteristisch und tief beschämend.

Die Nationalversammlung hat sich mit der Annahme des Wehrgesetzes nicht begnügt, sondern auch gleich in derselben Sitzung das Uebergangsgesetz durchgedrückt. Auch dieses Gesetz bildet eine Gefahr für die revolutionären Errungenschaften. Denn die Nationalversammlung erhält dadurch das Recht, alle Verordnungen und Gesetze, die die Volksbeauftragten auf Grund des Rechtes der Revolution erlassen haben, zu überprüfen und außer Kraft zu setzen. Damit sind auch die wenigen politischen und sozialen Errungenschaften der Revolution in Frage gestellt. Denn was man von dieser reaktionären Majorität zu erwarten hat, frucht ja nicht erst gesagt zu werden.



Der Reichstag wird in die Nationalversammlung mit bei der Beratung der Verfassung liegen. Immer wieder muß darauf hingewiesen werden, daß diese Verfassung den einfachsten demokratischen Anforderungen nicht genügt. Für jeden wirklichen Demokraten ist es geradezu unfaktor, daß man einen Reichspräsidenten mit so großen Vollmachten einleihen will, der auf nicht weniger als sieben Jahre und vom ganzen Volke gewählt werden soll. Alle historische Erfahrung zeigt, daß das geradezu heißt, dem Cäsarismus vorzubereiten. In Deutschland, diesem klassischen Lande des persönlichen Regiments und des mangelnden Freiheitsgefühls, ist eine solche Bestimmung doppelt gefährlich und würde diese Verfassung für jeden bürgerlichen Republikaner unannehmbar machen. Und hier wird eine solche Bestimmung von Sozialdemokraten vorgebracht während die österreichischen Sozialdemokraten zum Beispiel eine Verfassung fordern, die überhaupt von jedem Präsidenten absteht.

Aber damit nicht genug. Die vorgeschlagene Verfassung läßt alle Bundesstaaten in alter Schönheit fortbestehen, gibt ihnen in dem Reichsrat politische Rechte und wir können erwarten, daß alle diese Staaten und Stämme sich womöglich gleichfalls eigene Präsidenten geben werden, als Blauhalter für die vertriebenen Dynastien. Wenn man einen Preis hätte aussetzen wollen, eine Verfassung zu erfinden, die am leichtesten und schnellsten die monarchische Restauration ermöglicht, man hätte keine andere konstruieren können!

Aber wir werden es nicht zu beklagen haben, wenn bei politischer Unverständlichkeit der Regierung und ihrer Nationalversammlung sich weiter in solcher Schöne offenbart. Es wird dazu beitragen, daß die Arbeiter in immer größeren Scharen der rechtssozialistischen Partei den Rücken kehren werden, die solche Führung duldet und solche Politik unterstützt.

Die Ermordung der Vorwärts-Parlamentäre.

Am 11. Januar sind 7 Männer, die von der „Vorwärts“-Verfassung als Parlamentäre zur Verhandlung über die Uebergabe des „Vorwärts“ abgehandelt waren, in der

die aus dem „Vorwärts“ kommen, werden erschossen“. Nachdem dieser Befehl erteilt war, zogen sich die Herren Offiziere in ihre Stube zurück. Man nahm den in Frage stehenden Leuten ihre Papiere und Wertgegenstände ab, führte sie auf den Hof und ermordete sie in der bestialischsten Weise. Denn mit einem Erschießen konnte man die vorgenommene Handlung nicht vergleichen. (Ich verweise auf den Leichenbefund. Die Leichen waren bis zur Unkenntlichkeit entstellt.) Ich selbst und ein anderer mit mir anwesender Kamerad wollten gegen diese Form der Hinrichtung protestieren, aber wir mußten es vorziehen zu schweigen, da es uns mit großer Mühe gelang, einen unserer Kameraden der Volkswehr, der ganz unverschuldet in diese Dragoonerkaserne geriet, vor dem gleichen grausamen Tode zu bewahren.

Ich begab mich in mein Depot zurück und nach circa einer halben Stunde stellte sich ein Redakteur des „Vorwärts“ auf unserm Depot vor, der mit einem Ausweis der Regierung versehen war und hat den mittlerweile genommenen „Vorwärts“ beschließen zu dürfen. Mit diesem in Frage kommenden Herrn wollte ich nach dem „Vorwärts“ gehen und kam gerade hinzu, wie die anderen 300 Gefangenen in die Kaserne gebracht wurden. Nachdem der Redakteur gesehen hatte, wie man mit diesen wehrlosen Opfern umging, hat er den Kommandeur um ein abgesonderetes Zimmer um sich telephonisch mit der Reichsregierung in Verbindung zu setzen, um weitere Gewalttätigkeiten zu verhindern. Die 300 Gefangenen wurden auf den Hof gebracht und zu einer Mauer gestellt und ein Maschinengewehr vor ihnen aufgestellt. Einige der Soldaten aber hatten eine Frau herausgegriffen, die angeblich ein Maschinengewehr bedient hatte und waren gerade dabei, dieselbe zu erschießen, als der vorher genannte Major Stephan daswischentrat und die acht Hinrichtung verhinderte.

Sieroud geht hervor, daß es in der Nacht des Majors Stephan gelegen hätte, auch die bestialische Hinrichtung der 7 Parlamentäre zu verhindern.

Der Vater eines der Erschossenen, Herr Rentier Eugen Fernbach, Friedenau, Saarstr. 8, hat den Namen der Leuten, der Vorsitzenden befunden und vor Gericht eidgefährdeten wird, sowie weitere Bezeugen namhaft machen kann, am 6. Februar der Staatsanwaltschaft II mitzuteilen. Aber bis zum 27. Februar hat der Reue keine Aufforderung zur Vernehmung erhalten.

Sollen auch in diesem Fall, genau wie im Falle der Mörder von Liebfucht und Luxemburg, die Mörder und ihre Anstifter vor Strafe geschützt werden?

Der Mörder Ruge.

Die „Mole Fühne“ schreibt: „Herr Ruge! Bei Ihrer eifrigen Aufklärungstätigkeit in Sachen Liebfucht-Luxemburg ist Ihnen zufällig der Mörder Ruge aus den Augen gekommen.“

Falls es Ihnen noch nicht bekannt ist, teilen wir Ihnen mit, daß es nicht unwahrscheinlich ist, daß Sie ihn im Husarenregiment Nr. 8, 5. Eskadron, und zwar augenblicklich in Badorf finden werden — falls Sie gelegentlich Zeit finden, um ihn zu suchen.

Für das dem Mörder freundlich geneigte Publikum die Mitteilung, daß Geldspendungen an den Mörder nicht mehr nötig sind, mit 12 000 Mark reicht einer läßlich lange.“

Die Einheitsaktion.

Die von Eisner mitbegründete „Neue Zeitung“ in München brachte am Sonntag, den 28. Februar, den folgenden Aufsatz, der anlässlich der Debatten im bayerischen Räteparlament auch noch heute aktuell ist.

Die beiden vergangenen Tage haben bewiesen, daß die politische Macht in Bayern unerschütterlich in den Händen der Arbeiter- und Soldatenräte liegt, und daß alle diejenigen, die da glaubten, durch die Reichsministerialen reaktionärer Kräfte, durch Werthgardisten-Erlasse, durch improvisierte Polizei oder durch Hinwegräumung der Führer des Proletariats die Macht den Räten entreißen zu können, sich gründlich geirrt haben.

Wie ein Mann erhebt sich das gesamte Proletariat. Einig und geschlossen trat es seinem Todfeind, der Bourgeoisie, gegenüber, und erhebt nun seine Stimme auf Befehlslaut, Erweiterung und Ausübung seiner Macht.

günder Schaffhauser, die ganz im Sinne der Rolle zuweilen etwas bewußt annahm durfte. Hans Bahmann ist als schillernder Name noch immer unwiderstehlich in seiner komischen Sprechweise, wenn auch sein Humor etwas Zeit angeht hat. Als ungemein naturfrisches Talent fiel ein Neuling, Hans Brockmann, auf. Nicht grau in grau, sondern muntervoll farbig und melodienreich war die Melancholie in der künstlerischen Gestaltung Wolffs. Herr Diegelmann erschien als „König“ äußerst bildhaft in seiner bemerkenswerten Nebenfigur. Aus der großen Zahl der übrigen Mitwirkenden seien noch die Damen Terwin, Christlons, Panksteds, sowie die Herren Deutsch, Thimig, Grach und Richard hervorgehoben.

Der Abend war für alle ein schöner und großer Erfolg.

E. B.

Schauspielhaus.

„Die Kreuzschreiber.“

In dem Wust münderechtiger Theatervare, mit dem meistens die heutigen kapitalistischen Bühnen zum Schaden der Kunst Handel treiben, ist eine Aufführung Angenrubers doppelt zu begrüßen, und nun gar, wenn sie in dem ehemals königlich vergessenen Schauspielhaus am Gendarmenmarkt stattfindet. Unter dem im besten Sinne volkstümlichen Tramen des noch viel zu wenig geschätzten österreichischen Dichters nehmen „Die Kreuzschreiber“ einen besonderen Rang ein. Schon allein die seltliche Gestalt des „Steinlopfers“ mit seiner ungetriebenen Lebensphilosophie „es kann dir halt nix s'fehen“ erhebt sich weit über das Maas der üblichen Dorfkomödie. Die Regie des Herrn Patry hielt zwischen den beiden Möglichkeiten: Ausmalung des lässlich bunten Jahrmärtnäßigen Treibens und Betonung des gedanklichen Tendenzgehaltes den Mittelweg inne, ohne in farblose Nüchternheit zu verfallen, aber auch ohne alle Unwahrscheinlichkeiten anzuschöpfen. Die nie verlassende handliche Bühnenvirtuosin stellte sich dann auch namentlich bei den Auftritten ein; selbst das bislang so zupierliche Publikum des Schauspielhauses jubelt über die Raffinerie in der Kneipe, das natürliche Herberlein-Einleiten und die vorgeführte Komik, die der aus dem ehelichen Schlafgemach verbannten, von mitteligen Jungfrauen begleitetem Bauern.

Das Motto dieses „Werbekreises“ entlehnt schon griechischem Vorbild; der Held wiederkehrende Kampf für Gewissen &

Waffen sich alle Sozialisten unbedingt einzig in der Front gegen die konterrevolutionären Versuche, so erhebt sich nach Abwehr derselben die Frage, wie nun bei den verschiedenen Richtungen die gemeinsame sozialistische Aktion erreicht werden könne.

Eines ist klar, der Mangel an einer einheitlichen Grundlage des Handelns kann lediglich zugunsten der bestehenden Klassen ausschlagen. Wenn es aber gar unter den Sozialisten zu kämpfen, gleich denen in Norddeutschland käme, so müßte dies naturgemäß sehr bald zum Siege einer militärischen Reaktion führen, der eine rechtssozialistische Regierung als Feigenblatt dienen würde.

Ein einheitliches Handeln ist natürlich erst dann möglich, wenn ganz bestimmte feste Richtlinien als Grundlage vorhanden sind.

Die Anschauungsunterschiede sind sehr wesentliche. In der wichtigsten grundsätzlichen Frage der Demokratie gibt die Stellung der Rechtssozialisten über, besser gesagt, ihrer Führerschaft, den größten Anlaß zu Meinungen.

Die Vorstellung, daß eine Versammlung von einigen Hundert auf mehrere Jahre gewählter Männer und Frauen in Verbindung mit dem alten bürokratischen Apparat die gewaltigen Probleme, die den Sozialisten für die nächste Zeit gestellt sind, lösen könne, muß notwendig als absurd erscheinen. Was, die wie heute durch die revolutionäre Entwicklung in immer stärkerer Färbung geraten, können nicht nach den Methoden der „loffenen Verwaltungskunst“, und sei es auch „Selbstverwaltung“, regiert werden. Die sich in rasender Eile abspielende Wandlung in den menschlichen Gehirnen verlangt nach einer elastischen, alle Stöße in sich verarbeitenden Organisation. Diese besitzen wir in den Räten.

Wenn es uns nicht gelingt, die instinktiven Bewegungen und Leistungen in der Masse durch das Räte-System in fruchtbarer sozialistische Arbeit zu verwandeln, so treiben wir unrettbar der allgemeinen Besitzung entgegen.

Trotz dieser unserer grundsätzlichen Stellung zwingt uns die historische Forderung nach der einheitlichen sozialen Aktion, den durch Jahrschrittweise politische Arbeit eingewurten Anschauungen und Gewohnheiten der formalen Stimmzetteldemokratie Rechnung zu tragen.

Wenn wir heute in dieser Richtung Zugeständnisse machen, so tun wir dies mit der festen inneren Überzeugung, daß die Macht der Tatsachen im praktischen sozialistischen Handeln die Zweifel und Widersprechenden belehren wird.

Das parlamentarische System als politische Form der bürgerlichen Gesellschaft wick sich als unfruchtbar erweisen für die Lösung der gewaltigen Zukunftsaufgaben. Dagegen wird die Selbsttätigkeit der proletarischen Massen in den Räten siegreich aus allen Proben hervorzugehen.“

Triebliche Eßsinn der Bergarbeiter in England.

Amsterd., 27. Februar. (Nachung der Telegramm-Romanie.) Unter dem Trud der Streikdrohung der englischen Bergarbeiter macht die englische Regierung die größten Anstrengungen, den Ausbruch des Konflikts durch Konzessionen an die Arbeiterschaft zu verhindern. Das von Lloyd George eingebrachte Gesetz für die Regelung des Arbeitsverhältnisses in Bergbetrieben wurde auf die dringende Bitte des Ministerpräsidenten am Montag vom Unterhause in allen drei Lesungen angenommen und das Gesetz hat bereits gestern die Zustimmung des Oberhauses erhalten. Diese schnelle Arbeit hat Bergarbeiter insofern einen Erfolg gebracht, als er die Bergarbeiter zu einer nochmaligen Beratung über die Terminfestsetzung des Streiks veranlaßt hat.

Dadurch ist eine gewisse Entspannung der kritischen Lage entstanden, und man nimmt an, daß es dem energischen Eingreifen Lloyd Georges gelungen ist, die Voraussetzungen für eine friedliche Lösung des drohenden Konflikts zu schaffen.

Die „sozialistische“ Regierung Deutschlands aber kennt nur Maschinengewehr und Gewalt.

Teuerungszulage für Beamte.

Berlin, 28. Februar. W. Z. D. meldet: Die Verhandlungen zwischen den beteiligten Ressorts im Reich und Preußen wegen Aufbesserung der Teuerungszulagen für Beamte

Deutsches Theater.

Wie es Euch gefällt.

Wo du auch hinüberstiehst,
Niemals kommst du an das letzte Ziel,
Streife jede Welt und auch die Sterne!
Alles was du hier so siehst,
Ist ja nur ein kleines Schauspiel,
Eine große Wunderwelt ist es.

Diese Worte Paul Scherer könnte man mit besonderer Beziehung auch über Shakespeares Lustspiel „Wie es Euch gefällt“ setzen, mit dem das „Deutsche Theater“ gestern wieder einmal einen seiner großen Abende hatte. In einer unter Max Reinhardts krasser Regie äußerst kultivierten, von Laune und bunten Einfällen überaus reichhaltigen Aufführung kamen alle Lebensgründer der Shakespearischen Komödie zu so starker Wirkung, daß der jubelnde Beifall am Schluß kein Ende nehmen wollte. Man konnte sich in die Zeit des ersten „Sommerhochzeitens“-Erfolges Reinhardts zurückversetzt glauben. Bei mancher Stilländerung ist doch vieles beim alten geblieben, das dekorative Element ist nicht zum Schaden einer größeren Konzentration auf die Darstellung — erheblich eingeschränkt, aber Musik und Tanz behaupten als schmückendes Beiwerk ihre angekommene Rechte auf die Bühne.

Und was vollzieht sich dort? Aus dem Königreich der adverbierenden Herrschaft und Gewalt sticht sich die gewaltige Kreatur in die extrahierten Geistes der Seligen, in ein bukolisches Dasein, in ein verklärtes Scherleben. Etwas Ähnliches schwebte ja neulich Georg Kaiser vor, als er im „Was die Menschen aus den Klauen der Industriearbeit und des Kapitalismus befreien wollte. Aber was bei ihm nur dürre Abstraktion und grober Materialismus blieb, das wird bei Shakespeare zur lebendigen Dichtung. Da blüht der Gedanke, da funkelt der Witz, da spricht der Geist und das Herz. Wie in Shakespeares unvergänglichen Tragödien und doch auch anders ist hier in seinem Lustspiel der menschlichen Leidenschaft und Liebe der ewig zeitgemäße Raritätenplatz vorzueilen; Weisheit wird Torheit, der Menschen Sehnsucht und alle Härlichkeit paßt sich blind einander vorüber und in dem Reigen der Verliebten und Verblendeten, der über Bosheiten und Irrtümern in dieser Welt der menschlichen Komödie sich findenden, spricht nachdenklich Melancholie lächelnd das letzte Wort.

Im Mittelpunkt der Aufführung war Helene Thimig, als Mädchen voll süßer Jungheit, als verkleideter Bursch von ent-

freiheit gegen Pfaffenium entsprung Angenrubers eigenem inneren Gefühl für Menschlichkeit. Darin liegt auch die unvergängliche Reue seiner d. Haus nicht künstlerisch vollenden, aber achten und oft herzhast unbekümmerten Dichtungen. Spiel: Sie, ihr großen und kleinen Volksbühnen, auch wenn ihr keine so hervorragenden Angenrubersdarsteller habt wie Max Vogt, der als äußerlich geräumter Steinlopfershand — ohne ihm an Sonne und Seele von Natur verwandt zu sein — mehr bedächtigt als Hirtelheid zu überzeugen und schließlich alles für sich zu gewinnen vermochte. Neben ihm hat die härteste Leistung Frau Straub, die — bewußt modern agnulierend — ihre verbildeten Wästel durch und durch mit fesseler Eigenart erfüllte. Für den aus Gram in den Tod gehenden alten Brenninger bringt Herr Sommerhoff weder das rechte Wesen noch den rechten Ton mit. Von den übrigen Mitwirkenden seien noch die Herren Bimmermann, Eichholz und Mannstädt sowie Fr. Reiff genannt.

(Wegen Raummangels bisher zurückgestellt.)

Zur Hege gegen das Stübner-Chefwerk wegen der Teilnahme an der Trauerfeier Liebfucht-Luxemburg veröffentlicht der „Vorwärts“ einen Briefwechsel zwischen dem Vizepräsidenten der Nationalversammlung Heinrich Schulz und dem Kultusminister Goenitz. Auf die Bitte, durch seine Antwort die durch reaktionäre Hege in Verwirrung gebrachte öffentliche Meinung wieder auf den rechten Weg zurückzuführen, erwiderte Goenitz, es sei ihm schlechterdings unverständlich, wie man einen Künstler dafür tadeln und verfolgen könne, daß er bei einer Trauerfeier für die Toten mitgewirkt habe. Er bedauere, daß er a. m. l. i. c. h. nichts in mittelbarem zum Schutz der Künstler tun könne.

Das preussische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung öffnet der Volkshochschulbewegung für ihre Arbeiten und Übungen alle staatlichen Unterrichtsräume und Sammlungen und wird Beratungen über Aufgaben und Ziele der Volkshochschule veranlassen.

Kunstkalender.

Am 1. März finden die Uraufführung von Wilhelm Speers Drama „Der Revolutionär“ im Kleinen Theater statt.

Am Sonntag, 2. März, 8 Uhr, wird im Volkstheater das bisher verbotene Drama „Edrith“ von Buchs mit Ludwig Willner in der Titelrolle, Herbrand Bonn als Judas, gegeben. Besänge: Damen Langendorff, Mann; Herren Grebe, Liebman, Joda.

und Zwangsverpflichtung sind, wie wir hören, soweit fortgeschritten, daß die Durchführung der Maßnahme in einigen Tagen erfolgen wird.

Die Vollversammlung der A.- u. S.-Räte.

Die am Mittwoch verbotene Versammlung begann heute um 14 1/2 Uhr in den Germania-Sälen, Chausseestraße. Die Versammlung ist wieder sehr stark besucht. Die Tagesordnung lautet: 1. Enderufung eines Rätekongresses, 2. Neuwahl des Vollzugsrates, 3. Forderung der Geschäftsordnung.

Nach Eröffnung der Versammlung durch Neue erteilt er gleich zum ersten Punkt der Tagesordnung Richard Müller das Wort.

Richard Müller: Deutschland befindet sich gegenwärtig in einem Zustande revolutionärer Gärung. Die Ruhe, die wir erwarteten, die wir dringend bedürfen, tritt nirgends ein. Unser ganzes Volk muß zugrunde gehen, wenn dieser Zustand sich nicht ändert, wenn unser Wirtschaftsleben nicht bald in geordnete Bahnen geleitet wird. Der entsetzlich langdauernde Krieg hat unser gesamtes Wirtschaftsleben vernichtet; er hat uns moralische und materielle Verluste aufgebürdet, unter denen wir fast zusammenbrechen müssen. Wenn dazu die gegenwärtigen Zustände noch anhängen, so ist das Ende gar nicht abzusehen. Was wir jetzt in Deutschland haben ist Anarchie auf wirtschaftlichem, auf politischem, wie auch auf militärischem Gebiete. Und ein jeder, der auch nur einen Funken Verantwortungsgesühl in sich trägt, der muß sich fragen, wie soll das enden, wenn das so weitergeht.

Die Arbeiter- und Soldatenräte waren es, die Deutschland in den Tagen der Novemberrevolution retteten und ich glaube, die A.- u. S.-Räte sind diejenigen, die auch dazu berufen sind, unser Volk aus diesen trostlosen Zuständen herauszuführen. Auch heute wieder blüht die große Masse des arbeitenden Volkes auf die Arbeiterräte und man hört allerort die Frage, was tun die Arbeiterräte? Wo bleiben sie, was soll nun werden?

Unsere Pflicht ist es, gegen diese anarchischen Zustände Stellung zu nehmen. Das kann allerdings nur dann geschehen, wenn die gesamten A.- u. S.-Räte des Reiches zu einem Kongress zusammenberufen werden und dort zu dieser Frage Stellung nehmen. Deshalb haben wir, ebenso wie eine Anzahl Städte den Antrag auf schnellste Enderufung des Kongresses an den Zentralrat gerichtet. Am 4. Februar haben wir nochmals durch ein Schreiben den Zentralrat aufgefordert, er möge sofort einen Kongress einberufen und sich mit uns verständigen, nicht nur über die Einberufung, sondern vor allem darüber, wie dem Zusammenbruch unseres Wirtschaftslebens abzuwehren wäre. Der Zentralrat antwortete uns am 6. Februar, daß er grundsätzlich der Meinung sei, daß eine Reichskonferenz einberufen werden muß, jedoch müßte er in bezug auf die Art der Durchführung erst in den Kreisen seiner Mitglieder Rücksprache nehmen. Das wird nach den bisher getroffenen Dispositionen erst in den nächsten Wochen möglich sein. Als keine weitere Mitteilung an uns gelangte, haben wir am 11. Februar den Zentralrat nochmals daran erinnert, er möge nun endlich Stellung nehmen und einen Kongress einberufen. Wir haben den Zentralrat weiter darauf aufmerksam gemacht, daß die Arbeiterräte der U. S. R. sich eine Verschleppung der Enderufung eines Kongresses nicht gefallen lassen wollen, daß sie dazu übergehen wollen, selbst über den Kopf des Zentralrats hinweg die Konferenz einzuberufen. Darauf erhellten wir am 24. Februar nochmals ein Schreiben, daß infolge des Tagesinteresses anderer Umstände und der hohen Anwartsprüche seiner Mitglieder der Zentralrat wahrscheinlich erst am Montag auf die Frage der Enderufung eines zweiten Rätekongresses endgültig Stellung nehmen werde.

Sie sehen also, vom 31. Januar bis zum 24. Februar war der Zentralrat nicht in der Lage, sich mit dieser wichtigen Frage zu beschäftigen, trotzdem am 6. Februar die Reichskonferenz der Soldatenräte gleichfalls den Kongress forderte. Der Zentralrat hat die Enderufung des Rätekongresses nicht besonders eilig gehabt.

Am 16. Februar wurde ich durch ein Telegramm nach dem Rheinland damals bereits den Ausdruck gewaltiger Unruhen im Rheinland und in Westfalen. Sie erklären, es sei wohl kaum möglich, diese Unruhen zu bannen. Die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse im Rheinland, das Zusammengehen der Freiwirtschaftler der Regierung und der Gruppen auf der einen Seite, das Verhalten der Regierung in der Frage der Sozialisierung auf der anderen Seite würde einen Streit zur Folge haben, der sich auf ganz Mitteldeutschland ausbreiten würde. Die Betroffenen machten weiter darauf aufmerksam, daß es sehr wohl möglich sei, wenn die Regierung mit Waffengewalt gegen die Bergarbeiter vorgehe, die Kohlenarbeiter werden gelassen und die Gruben ersaufen würden. Meiner Meinung nach und auch meine Freunde stimmen mit mir darüber überein, würde es verbindend auf die Bergarbeiter newirt haben, wenn ein Kongress

einberufen würde. Ich habe den Vollzugsrat aufgefordert, seinerseits einen Zentralkongress einzuberufen. Der Vollzugsrat lehnte das mit 10 gegen 9 Stimmen ab. (Pfeil) Ich beantragte dann weiter, sofort eine Vollversammlung einzuberufen, damit die Vollversammlung über diese wichtige Frage entscheiden könnte. Auch das lehnte der Vollzugsrat mit 10 gegen 9 Stimmen ab. (Pfeil) Daraufhin haben über 150 Arbeiterräte einen Antrag gestellt, sofort eine Vollversammlung einzuberufen und so kam die vorgetragene Versammlung zustande.

Wir haben uns mit den wirtschaftlichen Verhältnissen der Gegenwart zu beschäftigen. Wir wissen alle, daß das deutsche Volk durch diesen Krieg verarmt ist. Zur Tilgung der gesamten Verpflichtungen des Reiches sind jährlich mindestens 30 Milliarden auszugeben; unser ganzes Volkseinkommen betrug jährlich 34 Milliarden, also bleiben uns 4 Milliarden zum Lebensunterhalt übrig. Dazu kommt noch, daß wir das Deutsche Reich nicht in dem bisherigen Umfang behaupten werden. Dann die Last, die uns die Entente auferlegt, kurz ein Unglück, in das wir gestürzt wurden durch die früheren Reichsregierungen und nicht zuletzt durch die Partei, die während des Krieges die Mittel der Regierung bewilligte. (Stürmischer Beifall.) Wie kann man das Volk aus diesem großen Unglück herausführen? Da gibt es nur eins: Arbeit, Produktion und Werte schaffen. (Beifall.)

Wir können keine Kapitalistenräte brauchen. Stürmischer Beifall bei den Unabhängigen.) Wir müssen produzieren. Nun müssen wir es mal untersuchen, wer es ist, der die Produktion unterbindet. Das ist nicht Spartakus. Das sind die Kapitalisten. Ich könnte Ihnen Hunderte Räte anführen, wo die Unternehmer ihren Betrieb stillgelegt haben ohne zwingenden Grund. Hunderttausende Arbeiter sind dadurch arbeitslos, die gern arbeiten wollen, aber nicht können. Wenn wir die Statistik fertig haben, die wir darüber aufgenommen haben, so wird das eine furchtbare Anklageschrift gegenüber der kapitalistischen Klasse. Im weiteren Verlauf seiner Rede legt Müller dar, daß Deutschland nur gerettet werden könne, wenn der Arbeiter die nötige Macht eingeräumt werde. Es sei daher notwendig, die Arbeiter der Deutschlands zu einem Kongress zusammenzubringen, auf der eine Grundfrage geschaffen werden müsse, auf die sich alle Arbeiter vereinigen können. Er verlas dann noch eine Resolution, die die Einberufung eines Kongresses forderte. Diese fand stürmischen Beifall. (Die Versammlung dauert fort.)

Die Sozialisierung des Theaters.

Gegen den Schund auf der Bühne.

Mit den Mühsüßigen im Theaterbetrieb befaßt sich in der letzten Nummer des „Neuen Wegs“, des Organs der Deutschen Bühnengenossenschaft, Direktor Dr. Max Albert. In seinen Ausführungen, die die Sozialisierung des Theaters befürworten, heißt es u. a.:

Die Arbeiterklasse, die auf Grund des allgemeinen Wahlrechts in den meisten Kommunen, vor allem in den Großstädten, ganz anderen Einfluß erlangen wird als bisher, kann unmöglich dulden, daß die Bühne, dies unvergleichliche Mittel der Volksbildung, durch kunstfeindliche Spekulationen zu einem niederen Gewerkschaftsdegradiert wird. Der Theaterbetrieb ist nicht nur reif zur Sozialisierung, er schreit danach. Aber auch die bürgerlichen Kreise, die unmöglich, wenn es ihnen Ernst ist mit ihrer stets betonten Kunstfreundlichkeit, den unerhörten jetzigen Zustand des Theaters weiter dulden können, werden jede Umgestaltung des Theaters vom Künstlerlos zum Stätte der Kunst und der Kunstfreunde begrüßen. Ich höre sehr wohl den Einwand der Stripsticker aus Prinzip und der in ihrem Heiligsten, dem Geldsack, betroffenen Theaterbesucher: das sei alles Utopie, weil kein Mensch mehr ins Theater gehen werde, wenn die Bühnensetzung lediglich Kunstpflege und besonders die Operette, die das Volk vor allem mochte, fallen lasse. Dies dumme Geschwätz der Besessenen und Abenteurer wird durch ständige Wiederholung nicht eindringlicher. Diese Leute haben überhaupt kein Recht mitzugeben, weil sie nie ernstlich darüber nachgedacht haben, wie das Problem zu lösen sei, und weil sie vor allem gar nicht den Willen dazu haben. Sie erstreben vor allem ein heilendes Panakonta, und die Kunst ist ihnen selbst die Heilung. Gewiss, so wie man bisher Theater betrieb, wird die Umwandlung zur Kunstbühne nicht erreicht. Zuvörderst muß jeder Unternehmerrgeist gründlich ausgekollert werden. Die Annahme, daß mit dem Aufstehen unbegrenzter Verdienstmöglichkeiten der Bühnenleiter in geringerer Maße seine Aufgabe erfüllen werde, heißt sämtliche Oberbürgermeister der Welt, sämtliche Schuldirektoren und alle ehrenamtlich Arbeitenden beschließen, verrät eine ganz sehr kapitalistische, aber auch eine etwisch fleischende Denksweise. Das Kulturtheater (so neben ihm nach Gleichschicktheater ihre Bezeichnungen, ist für die Kultur so gleichgültig wie das Bestehen anderer

einberufen würde. Ich habe den Vollzugsrat aufgefordert, seinerseits einen Zentralkongress einzuberufen. Der Vollzugsrat lehnte das mit 10 gegen 9 Stimmen ab. (Pfeil) Ich beantragte dann weiter, sofort eine Vollversammlung einzuberufen, damit die Vollversammlung über diese wichtige Frage entscheiden könnte. Auch das lehnte der Vollzugsrat mit 10 gegen 9 Stimmen ab. (Pfeil) Daraufhin haben über 150 Arbeiterräte einen Antrag gestellt, sofort eine Vollversammlung einzuberufen und so kam die vorgetragene Versammlung zustande.

Wir haben uns mit den wirtschaftlichen Verhältnissen der Gegenwart zu beschäftigen. Wir wissen alle, daß das deutsche Volk durch diesen Krieg verarmt ist.

Zur Tilgung der gesamten Verpflichtungen des Reiches sind jährlich mindestens 30 Milliarden auszugeben; unser ganzes Volkseinkommen betrug jährlich 34 Milliarden, also bleiben uns 4 Milliarden zum Lebensunterhalt übrig. Dazu kommt noch, daß wir das Deutsche Reich nicht in dem bisherigen Umfang behaupten werden. Dann die Last, die uns die Entente auferlegt, kurz ein Unglück, in das wir gestürzt wurden durch die früheren Reichsregierungen und nicht zuletzt durch die Partei, die während des Krieges die Mittel der Regierung bewilligte. (Stürmischer Beifall.) Wie kann man das Volk aus diesem großen Unglück herausführen? Da gibt es nur eins: Arbeit, Produktion und Werte schaffen. (Beifall.)

Wir können keine Kapitalistenräte brauchen. Stürmischer Beifall bei den Unabhängigen.)

Wir müssen produzieren. Nun müssen wir es mal untersuchen, wer es ist, der die Produktion unterbindet. Das ist nicht Spartakus. Das sind die Kapitalisten. Ich könnte Ihnen Hunderte Räte anführen, wo die Unternehmer ihren Betrieb stillgelegt haben ohne zwingenden Grund. Hunderttausende Arbeiter sind dadurch arbeitslos, die gern arbeiten wollen, aber nicht können. Wenn wir die Statistik fertig haben, die wir darüber aufgenommen haben, so wird das eine furchtbare Anklageschrift gegenüber der kapitalistischen Klasse.

Im weiteren Verlauf seiner Rede legt Müller dar, daß Deutschland nur gerettet werden könne, wenn der Arbeiter die nötige Macht eingeräumt werde. Es sei daher notwendig, die Arbeiter der Deutschlands zu einem Kongress zusammenzubringen, auf der eine Grundfrage geschaffen werden müsse, auf die sich alle Arbeiter vereinigen können. Er verlas dann noch eine Resolution, die die Einberufung eines Kongresses forderte. Diese fand stürmischen Beifall. (Die Versammlung dauert fort.)

Das Militär im Industriegebiet.

Münster, 27. Februar. Wolffs Bureau meldet: In der heute beim Generalkommando stattgefundenen Konferenz hatte das Generalkommando außer einem Vertreter des Oberpräsidenten der Provinz Westfalen und der wichtigsten Industriestädte je drei Vertreter aus verschiedenen Bezirken der drei sozialistischen Richtungen und Vertreter der freien Gewerkschaften geladen. In der Konferenz waren indes Vertreter der Kommunisten nicht erschienen. Auf der Tagesordnung standen: Sicherheitswehr, Waffenabgabe, Verletzung der Wehrdienstbedingungen und Bewandlung der Pächter in Düsseldorf. In Düsseldorf haben sich die Verhältnisse so zugefügt, daß die Regierung sich hat entschließen müssen, dort einzugreifen. Mühe im Industriegebiet wird nur dann eintreten, wenn der Herz der gewalttätigen Unruhen erfaßt wird. Die Verletzung einzelner Teile des Industriegebietes ist dabei nicht zu umgehen. In der heutigen Versammlung wurde von sämtlichen Anwesenden einstimmig beschlossen, daß gegen Düsseldorf militärisch eingeschritten werden muß. Die Vertreter der Parteien und der Gewerkschaftsorganisationen haben versprochen, ihren Einfluß dahin geltend zu machen, daß im Industriegebiet Ruhe gehalten wird und nichts gegen die Truppen unternommen wird. Die in den vorigen Sitzungen festgelegten Wehrdienstbedingungen sind in Düsseldorf nicht gehalten worden.

Die Bulletin des ministeriellen Generalkommandos zeichnen sich durch einen sehr vorsichtigen und abwägenden Stil aus. Wie sichtbar nur, die Truppen des Generalkommandos werden nicht so „vorsichtig“ vorgehen. Man will allen Einfluß geltend machen; daß nichts gegen die Truppen unternommen wird. Ob man auch allen Einfluß geltend macht, daß die Truppen nichts gegen die Arbeiter „unternehmen“?

Essen, 27. Februar. In der heutigen Morgenstunde sind nur noch die Delegierten der Reihe Reichsrat Sineses 1, 2, 3 und 4 und Rein Westheim ausbleibend. Der Streikgrund ist die Forderung auf sofortige Zahlung einer 20prozentigen Lohnerhöhung. Aus neue in den Ausschuss getreten ist die Delegierte der Reihe Kaiser Friedrich in Barop, eben-

falls wegen Lohnforderungen. Die Zahl der Ausschussmitglieder beläuft sich auf 2000 Mann.

Die Internationale des Geistes.

Am Münster und Gesehrt aller Länder richtet sich ein Ruf auf der geistigen Internationale. Nach einer Aufforderung zur Organisation heißt es darin: Im praktischen Leben arbeitende Intellektuelle aller Länder, laßt euch nicht länger misshandeln, organisiert euch. Studenten aller Länder helfet mit, eine glückliche Zukunft für alle Völker aufzubauen. Versammelt euch, werdet, redet, schreibt überall. Wissenschaftliche und kulturelle Körperschaften, Vereine und Blätter, treten in den Dienst der Menschlichkeit. Erhebt euch alle über die gewöhnliche Politik, denn die Welt der Ideale ist gelommen, die brutale Gewalt muß machtlos werden. Der Völkervertrag wird beschwunden, weil es auch Intellektuelle waren, die die Völker auseinander gehet haben. Die Massen werden sich allein überlassen sein und sich versöhnen, denn sie sind und waren immer friedliebend.

Die Internationale des Geistes.

Am Münster und Gesehrt aller Länder richtet sich ein Ruf auf der geistigen Internationale. Nach einer Aufforderung zur Organisation heißt es darin: Im praktischen Leben arbeitende Intellektuelle aller Länder, laßt euch nicht länger misshandeln, organisiert euch. Studenten aller Länder helfet mit, eine glückliche Zukunft für alle Völker aufzubauen. Versammelt euch, werdet, redet, schreibt überall. Wissenschaftliche und kulturelle Körperschaften, Vereine und Blätter, treten in den Dienst der Menschlichkeit. Erhebt euch alle über die gewöhnliche Politik, denn die Welt der Ideale ist gelommen, die brutale Gewalt muß machtlos werden. Der Völkervertrag wird beschwunden, weil es auch Intellektuelle waren, die die Völker auseinander gehet haben. Die Massen werden sich allein überlassen sein und sich versöhnen, denn sie sind und waren immer friedliebend.

falls wegen Lohnforderungen. Die Zahl der Ausschussmitglieder beläuft sich auf 2000 Mann.

Gewerkschaftliches.

Heraus mit den Kohlenarbeitern!

Am der auch im Baulempnerfach bedenklich zunehmenden Arbeitslosigkeit zu steuern, ist ein Kohlenarbeiterkongress gewählt worden. Dieser hat mit der städtischen Hochbauverwaltung (Baurat Magdorf) Rücksprache genommen. Leider ist nichts dabei herausgekommen. An Rohmaterial fehlt es nicht, aber es wird in unbegreiflicher Weise zur Verschwendung geübt. Die Kommission wurde schließlich an das Demobilisationsamt verwiesen. Aber auch dort hatte man nur Verträge. Anscheinend will man nicht einmal die während des Krieges liegen gebliebenen Arbeiten jetzt endlich ausführen lassen. Man sieht daran, wie verlegen das Gerede von der Arbeitslosen ist. In der Aussprache über den von den Kollegen Schulz und Osterwald erhaltenen Bericht, den diese in einer Versammlung der Baulempner erhalteten, wurde auf eine Annahme für Möglichkeiten zur Arbeitsbeschaffung hingewiesen. Es wurde aber auch mit Nachdruck die Vergebung von Kohlenarbeiten gefordert. Die Stadtabfälle, Gasanstalten, Schulen besorgen eine Fülle von Erwerbsarbeiten. Also heraus damit! Auch die größeren Vorkommnisse sollen ihre Durchführung aufgeben.

Die Versammlung beschäftigte sich ferner mit der Tarif-erneuerung. Der im Jahre 1918 abgeschlossene Vertrag läuft am 31. März ab und ist gekündigt worden. Heute noch werden Löhne für gelernte Arbeiter gezahlt, die mit 100 Mark weit hinter den berechtigten Anspruch zurückbleiben. Es entstand nun die Frage, ob die Baulempner dem allgemeinen Kollektivvertrag beitreten oder selbständig einen Vertrag abschließen wollen. Die Vorarbeiten sind einer fünfstelligen Kommission übertragen worden.

Eine frühere Versammlung hatte beschlossen, nur die „Freiheit“ und die „Neue Zeit“ als Publikationsorgan zu benutzen, dem „Vorwärts“ aber keine Anzeichen mehr zu geben, da er die vielen Anzeigen der Reichsregierung hat. Die Ortsverwaltung ist diesem Beschluß nicht nachgekommen. Dagegen wurde kürzlich Protest erhoben. Wenn die Ortsverwaltung nicht in der „Neuen Zeit“ annahm, soll es künftig von der Branche selbst geschehen.

Forderungen arbeitsloser Gärtner.

Die arbeitslosen Gärtner Groß-Berlins, die am Dienstag in einer Versammlung ihre Lage besprochen, hatten die vermehrte Beschäftigung von gärtnerischer Arbeitslosigkeit für eine wertvolle wirtschaftliche Aufgabe und fordern die ungesäumte Annahmehaltung aller bereits vorhandenen gärtnerischen Arbeiten. Insbesondere wird gefordert, daß alle zur gärtnerischen Nutzung geeigneten Grundstücke erfaßt und bearbeitet werden. Es ist darauf zu achten, daß solange arbeitslose Kollegen vorhanden sind, keinerlei Anzug von Arbeitslosen aus der Provinz stattfinden. Ferner fordern die Versammelten ein Verbot von Anzeigen in der Tagespresse, solange eine große Anzahl arbeitsloser Kollegen sich auf den paritätischen Nachweien befindet. Auch durch Anstellung von Gärtnern auf dem Lande würde das Arbeitslosensend in der Großstadt wesentlich vermindert. Die Arbeitslosen unterstellen diese Forderungen den verehrten Kollegen und der Öffentlichkeit zur dringenden Beachtung.

Die Angestellten des Preussischen Statistischen Landesamtes waren wegen Erhöhung ihrer Gehälter und Regelung ihrer sonstigen Einstellungsbedingungen an ihre vorgesetzte Behörde herangetreten. Die Verhandlungen im preussischen Ministerium des Innern, welche seitens der Angestellten durch den Verband der Bureauangestellten geführt wurden, sind bis auf wenige Punkte nunmehr zum Abschluß gelangt. Durchschnitlich ist eine Erhöhung der Gehälter um 50 Prozent eingetriten. In bezug auf die Mündigungsfrist ist geregelt worden.

Aus der Partei.

Neue Organe der U. S. D. In Wien erscheint seit Anfang Januar zweimal in der Woche „Die Sozialistische Republik“. Schriftleitung und Verlag Wien, Mühlendamm 28.

Unsere Genossen in Karlsruhe i. B. geben seit kurzem ein Wochenblatt, die „Sozialistische Republik“, heraus. Geschäftliche Redaktion i. B., Kaiserstraße 13.

Parallel mit dem Weltkongress der politischen Radikalen, parallel mit dem Weltkongress der Arbeiter soll ein Weltkongress der Intellektuellen zusammentreten, der ihren Zusammenstoß in einen Weltbund bedeutet. Unterzeichnet ist der Aufruf u. a. von Edward Bernstein, Joseph Bloch, Frau Minna Bauer, Geh. Reg.-Rat Prof. Franz Schumann u. Verlach, Adh. Kollwitz, Alexander Kollitsch, Prof. G. B. Nicolai.

Die sozialistische Gruppe der Universität Göttingen hat auf den Aufruf „An die Internationale des Geistes“ von Henri Barbusse, dem Verfasser des Romans „Feuer“, folgendes Antwortschreiben gerichtet:

Als eine befreiende Tat begrüßen wir Ihren Aufruf an die Internationale des Geistes. Es ist und eine ehrenvolle Pflicht, Ihnen, dem unermüdeten Kämpfer für Recht und Menschenliebe, Dank und Zustimmung auszusprechen. Unsere höchste Aufgabe wird es bleiben, in unserer Heimat die Jugend im Geiste der Menschlichkeit zu sammeln, so daß die Erinnerung an die Schrecken und das Elend des Krieges den Chauvinismus, in welcher Form er auch emporschwemern möge, im Keime erlöchen wird. Mit diesem Gelöbniß reichen wir Ihnen die Hand.

Die sozialistische Gruppe der Universität Göttingen.

Neue Bücher.

„Die Iren“. Drei Aufsätze von Ulrich Steinhardt. Verlag Paul Cassirer, Berlin. Dieses durchaus expressionistisch gerichtete, Ausdruck der Seele bildende Drama, spielt in der Stunde der Iren, jenseits des Krieges über aller Zeit. Die da irren, irren auf der Suche nach dem Guten, im Kampf um die Wahrheit. Das Werk, das der neuen Bühne stark entgegenkommt, zeichnet sich durch gedankliche und sprachliche Schönheiten aus.

Einem Spartakusroman von Hans Lang zeigt der Verlag Hoffmann u. Campe, Hamburg-Berlin, an. Der historische Spartakusroman und eine den Weltkrieger Christus anknüpfende Gestalt stehen im Mittelpunkt der Handlung. Im gleichen Verlage erscheint demnächst ein „Revolutionärsroman“ für das Jahr 1919 über die Ereignisse von 1918 bis zur Nationalversammlung, herausgegeben von Ernst Drahn und Dr. Ernst Friedberg, mit Beiträgen führender politischer und literarischer Persönlichkeiten.

Groß-Berlin.

Die Gefährdung der Fleischversorgung Groß-Berlins.

Die Fleischversorgung Groß-Berlins ist infolge unzureichender Lieferung von außen her auf das ernsthafteste bedroht. Weil die Lieferungen schon in den letzten Wochen nicht genügt, haben die Reservebestände der Groß-Berliner Gemeinden an Gefrierfleisch in umfassender Weise angegriffen werden müssen. So hat Berlin allein in der laufenden Woche aus seinen Beständen nicht weniger als 800 000 Pfund Gefrierfleisch, das ist fast die Hälfte des gesamten Wochenbedarfs, entnommen. Wenn diese Menge sich nur noch um eine Woche fortpflanzt, so sind die Bestände erschöpft, und eine zureichende Belieferung der Verbraucher nicht mehr möglich. Die Groß-Berliner Fleischhändler hat sich daher mit den dringendsten Vorstellungen an das Reichsministerium und an die Reichs- und Landesfleischstellen gewandt.

Aus einem Vereinslazarett.

Das Kapitel „Lebensmitteldiebstahl“ ist jetzt so sehr an der Tagesordnung, daß wir uns verpflichtet fühlen, alle Anzeichen dafür, die sich erkennen machen, der Öffentlichkeit bekannt zu geben. Auch in nachstehend geschilderter Halle wollen wir durch die Darstellung nader Tatsachen verhindern, daß große Mengen von aufgeschickerten Lebensmitteln in unweiser Weise vertan und der Allgemeinheit entzogen werden.

Was wird berichtet: In dem Rollendorf-Sanatorium am Rollendorfplatz war bis vor kurzer Zeit ein Vereinslazarett untergebracht, das durchschnittlich 65—80 kranke Soldaten beherbergte. Ursprünglich war es eine Privatklinik, und als solche bestand das Sanatorium auch während des Krieges, aber die freien Räume wurden der Intendantur zur Verfügung gestellt gegen einen Verpflegungssatz von 4,80 M. pro Kopf der eingelieferten Militärpersonen. Neben diesem Entgelt lieferte die Intendantur die nötigen Lebensmittel zum Selbstkostenpreis.

Als am 1. November vorigen Jahres der Soldatenrat die Bestände übernahm, fehlten bereits ziemlich große Mengen an Lebensmitteln. Die Angelegenheit wurde der Intendantur unterbreitet, jedoch hat diese bisher über das Ergebnis einer Untersuchung noch nichts verlauten lassen. Am 15. Februar sollte das Lazarett aufgelöst und nach dem Hauptlazarett Viktoriafelde überwiesen werden. Bei dieser Gelegenheit verlangte der Soldatenrat, daß sämtliche Bestände an Kleidung und Lebensmittel ebenfalls dem Hauptlazarett Viktoriafelde überwiesen werden. Jetzt hat sich aber der Besitzer des Sanatoriums an den Magistrat Schöneberg gewandt, mit der Bitte, ihm die vorhandenen Lebensmittel gegen Aufrechnung für die den Privatpatienten zusammengehörigen Lebensmittel zu überlassen. Die Stadt Schöneberg hat mit Zustimmung der Intendantur diesem Wunsch willfahren.

Daß es sich dabei um nicht geringe Mengen Lebensmittel handelt, erweist nachfolgende Liste: Bei der Bestandsaufnahme nach der Auflösung des Vereinslazarets waren vorhanden: 16 Kilo Weizen, 71 Kilo Gerstemehl, 48 Kilo Roggenmehl, 33 Kilo Weizenmehl, 85 Kilo Zucker, 38 Kilo Grünertee, 48 Kilo Gruppen, 103 Kilo Bohnen, 81 Kilo Gerstenkaffee, 12 Kilo Kaffeesatz, 77 Kilo Salz, 78 Kilo Erdmehl, 20 Kilo Sago, 27 Kilo Saffort, 106 Kilo Erdnüsse, 44 Kilo Bohnen, 8 Kilo Kaffeesatz, 14 Büchsen Kondensiermilch, 5 Büchsen Karotten, 61 Büchsen Spinat, 62 Büchsen Apfelsauce, 127 Büchsen Schnittkäse, 7 Büchsen Birnen, 84 Büchsen Suppenrohstoffe, 16 Schachteln Käse, 1 Kiste Zwiebeln, ein Korb Himbeerlake, 10 Korb Sauerkraut, 46 Eier, 2 1/2 Kilo Kakao, 1 1/2 Kilo Tee.

Unsere Leser werden gewiß mit uns der Meinung sein, daß gewöhnliche Kranke viele von diesen appetitlichen Sachen in der heutigen Zeit nicht zu haben, geschweige denn zu genießen bekommen. Und so ist wohl der Gedanke naheliegend, daß die erkrankten Privatpatienten des Sanatoriums am Rollendorfplatz, natürlich gegen anständige Bezahlung, aus diesen vorhandenen Beständen verpflegt werden sollen. Da aber nicht anzunehmen ist, daß die Stadt Schöneberg einen Unterschied macht zwischen dem kranken und dem gesunden Kranken, so ist auch eine Aufrechnung der oben aufgeführten Vorfälle gegen die von der Stadt Schöneberg zu liefernden Lebensmittel einfach nicht möglich.

Man hätte daher erwarten sollen, daß der Magistrat von Schöneberg auf dieses Angebot nicht einging, dennfalls jedoch nicht eher, als er sich von der Art der vorhandenen Lebensmittel überzeugt hätte. Und ob die Intendantur ein Recht hätte, Zustimmung zu diesem Verfahren zu geben, will uns auch noch fraglich erscheinen. Und sind in letzter Zeit häufig genug Klagen von Lazarettinsassen zugegangen, die die mangelhafte Verpflegung betrafen. Wir denken doch, daß, wenn die Intendantur über so reichhaltige Lebensmittelbestände verfügt, sie auch darauf achten muß, daß diese denen zukommen, für die sie bestimmt sind. Wir hoffen, mit diesen Zeilen dazu beigetragen zu haben, daß dies nachträglich noch geschieht.

Der vorgeschobene Fluchtversuch.

Am 14. Januar wurde in der „Rheinischen Vögel“, Schöneberger Straße, in der Nähe der Potsdamer Brücke, ein junger Mann Rudolf Wachter verhaftet. Man fand bei ihm eine Ausweiskarte für den Roten Soldatenbund. Es wird berichtet, daß der Leutnant Bachmann bei der Verhaftung geäußert haben soll, daß Wachter nicht lebend abgeliefert werde. Und so ist es auch gekommen. In der Nacht wurde die Leiche des Wachter im Schauhaufe eingeliefert, und zwar mit Schüssen im Kopf. Festgestellt ist, daß Wachter mit gebundenen Händen transportiert worden ist. Die Wache gibt an, W. habe einen „Fluchtversuch“ gemacht, wobei er erschossen worden sei. Ein Interrogator behauptet dem am Boden Liegenden den „Gnadenstoß“ gegeben haben. Der „Fluchtversuch“ ähnelte dem des Genossen Liebnecht. Die Mutter des Erschossenen — übrigens der einzige 20jährige Sohn einer Witwe — hat der Staatsanwaltschaft von der Sache Mitteilung gemacht, hört und sieht aber nichts von einer Untersuchung. Ihre Bemühungen um weitere Aufklärung und Verurteilung der Schuldigen waren bisher vergebens. Bezeichnend ist, daß der genannte Herr Bachmann der Mutter die Nachricht vom Tode des Sohnes selbst überbrachte. Die Mutter ist der Ansicht, daß ihr Sohn meuchlings erschossen worden ist. Sie kann verlangen, daß nachträglich der Sache nachgegangen wird. Aber er war ja im Roten Soldatenbund, das scheint ihn vogelfrei zu machen. In einer Zeit, wo bei uns die Wälder der Soldatenkrämpfe ist, wo die Untersuchung im Falle Liebnecht-Burgburg so eingehend erfolgt, wie das jeder sieht, darf man nicht viel hoffen. Wir leben ja unter der Regierung Ebert-Scheidemann-Roske-Landsberg!

Auch ein November-Sozialist.

Was alles nach dem 9. November als „Sozialist“ zu den Mehrheitsparteien gekommen ist, zeigt uns ein Sozialist, der sich bei den Gemeindeverordneten in Hertzsdorf ereignet hat. Der Kaisermeister Krause, der seit der Revolution Mitglied der Mehrheitspartei ist, stellte aus eigenem Antrieb eine Liste der Gewerbetreibenden zu den Gemeindevorständen auf und vereinbarte mit den Bürgerlichen die Verbindung seiner Liste mit der übrigen. Die Mehrheitspartei ließ das ohne weiteres zu, ohne diesen Mann aus der Partei auszuschließen. Durch Verbindung der Liste mit dem bürgerlichen Risikomaß ist dieser „Sozialist“ in die Gemeindevorstellung

gewählt worden. Nur ist es ja interessant zu wissen, wie sich dieses Konstrukt weiter entwickeln wird. Trifft er nun als Fraktionsmitglied der Mehrheitspartei bei, oder handelt er weiter nach seiner Zwei-Seelen-Theorie, mal Mittelstandstrotzer, mal „Mehrheitssozialist“?

Wo das beschlagnahmte Fleisch blieb.

Unter der Heberschiff: Wo bleiben das beschlagnahmte Fleisch und andere Lebensmittel? brachten wir in Nr. 104 einen Artikel, der uns aus Reußhain zugegangen war. Unter Bezugnahme auf § 11 des Preßgesetzes erhalten wir jetzt nachstehende Mitteilung:

Nach den amtlichen Feststellungen wurden in einem amtlich niedergelegten Falle am vergangenen Sonntag durch die Reußhainer Kriminalpolizei auf Anordnung des dortigen zuständigen Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft mehrere Kühen und Körbe Fleisch beschlagnahmt, welches zu Schlachtanbezwecken von außerhalb hier eingeführt werden sollte. Das Fleisch war infolge ungeschickter Verpackung und langen Transports bereits derartig im Verderben begriffen, daß es dem zuständigen Magistrat, wie sonst vorgeschrieben, nicht mehr zugeführt werden konnte, sondern an die nächst erreichbaren Kriminalbeamten und Zivilpersonen gegen angemessene Bezahlung verteilt werden mußte, um es überhaupt noch für den menschlichen Genuß zu verwerten und den Erlös der Staatskasse zu sichern. Es hat jeder Beteiligte — es waren etwa 40 Personen — durchschnittlich etwa 8 Pfund einschließlichs Knochen erhalten, soweit es nicht von den Beteiligten wegen Minderwertigkeit zurückgemeldet wurde. Die Behauptung, es habe ein Beamter allein 75 bis 100 Pfund Fleisch für sich erhalten, widerspricht den Tatsachen.

Die Beschlagnahme und nachfolgende Veräußerung ist völlig zu Recht erfolgt und läßt sich auf die Bundesratsverordnung vom 22. März 1917, wonach auch in Zukunft verfahren werden wird. Von einem Mißbrauch amtlicher Befugnisse zu persönlichen Vorteilen kann also vorliegend keine Rede sein.

Wir enthalten uns zunächst noch jeder Gegenäußerung und warten ab, was unsere Gewährleute noch dazu zu sagen haben. Auf eines möchten wir aber heute schon hinweisen. In unserem Artikel war auch gesagt worden, daß die erwähnten Beobachtungen schon mehrere Wochen lang gemacht worden sind. Darüber geht obige Mitteilung nicht weiter. Sollte denn die beschlagnahmte Ware jedesmal so nahe am Verderben gewesen sein, daß sie diesem Punkt erwarten wir Aufschluß.

Proteste der Arbeiterschaft.

Eine öffentliche Arbeitslosenversammlung in Charlottenburg nahm nach einleitenden Referaten des Genossen Zippel über „Die politische Lage und des Reichstages“ sowie des Genossen Schubert über „Die wirtschaftliche Lage“ folgende Resolution einstimmig an:

Die Arbeitslosen Charlottenburgs protestieren gegen die Verzögerung durch die Regierung und ihrer Helfer als Arbeitslose und verlangen in diesem Sinne die schnellste Arbeitsbeschaffung des Arbeitszwanges, den einzuführen einer „sozialistischen“ Regierung vorbehalten blieb. Wir anerkennen es als besten einzigen Zweck, mißliebige, besonders politisch anrüchliche Arbeiter aus Land zu verbannen und den Hochgrund- und Bergwerkskapitalisten billige Arbeitskräfte zu schaffen.

Wir verkennen nicht, daß durch die Arbeitslosenunterstützung in heutiger Form dem Staat große Lasten auferlegt werden, sehen aber die Mittel zu ihrer Befreiung nicht in derlei verfehlten Maßnahmen, sondern in schleuniger Inangriffnahme der Sozialisierung, die allein imstande ist, Deutschland vor dem Untergang zu retten.

Soweit die heutigen knappen Mittel verknüpft werden, geschieht dies durch die Errichtung und den Bestand von Werkstätten und der Freivilligenkorps, die zum Schutze des Kapitalismus und zur Unterdrückung der Freiheit dienen und das größte Hindernis für einen schleunigen Frieden sind. Wir sind überzeugt, daß die jetzige Regierung den bevorstehenden Zusammenbruch des gesamten Wirtschaftslebens nicht aufhalten kann und verlangen deren Demission und Ablösung durch eine wirkliche Volksregierung.

Es wurde dann ein aus 14 Personen bestehender Arbeitslosenrat gebildet, der in obigem Sinne zu arbeiten verpflichtet ist.

In der am 20. d. M. im Singsiedlerhof in Kottbusch abgehaltenen Arbeitslosenversammlung wurde nach einem Referat des Genossen Gütz über die Arbeitslosigkeit und den Arbeitszwang einstimmig folgende Resolution gefaßt:

Die am 20. Februar 1919, nachmittags 8 Uhr, im Volksgarten versammelten Arbeitslosen von Kottbusch nehmen Beschlüsse an: 1. Sofortige Inangriffnahme von Notstandsarbeiten in größerem Maßstabe. 2. Entlassung sämtlicher in den letzten Betrieben beschäftigten Gewerbetreibenden und Frauen, die auf ihr eigenes Verdienst nicht angewiesen sind. 3. Befreiung der Arbeitstätigen von 8 auf 5 Stunden. 4. Einführung von zwei bzw. drei Schichten in den Betrieben, in welchen bisher die normale Arbeitszeit geleistet wurde. Die Versammelten ermahnen von den oben angeführten Forderungen, daß diesen berechnigten Forderungen im Interesse der Arbeitslosen und der Allgemeinheit voll und ganz Genüge getan wird.

Die Versammelten protestieren mit Entschiedenheit gegen ihre Beschimpfung als Arbeitslose in der bürgerlichen Presse und verlangen, daß endlich Schritte unternommen werden, um ihnen das zu lassen, was zu einer einigermaßen geordneten Lebensweise gehört.

Es wurde eine fünfköpfige Kommission gewählt, welche die nötigen Schritte in dieser Angelegenheit unternommen soll.

Ein neuer Soldatenbund.

In Berlin ist vor einigen Tagen von verschiedenen Vertretern der Korps-Soldatenräte der Deutsche Soldatenbund (D. S. B.) gegründet worden. Der Bund erstreckt die Zusammenschluß der einzelnen Interessengruppen und die Wahrnehmung der wirtschaftlichen Forderungen der Heeresangehörigen und Kriegsgeldnehmer. Politisch steht er auf dem Boden der Republik.

Die Straßenhändler Berlins hatten sich am 26. Februar, nachmittags 9 Uhr, auf Einladung des Deutschen Händlerverbandes, zu einer Kundgebung im Lustgarten versammelt. Zweck derselben war, für den freien Straßenhandel und gegen die polizeilichen Maßnahmen die in letzter Zeit den Straßenhandel unmöglich machten, zu demonstrieren. Es hatten sich etwa 800 bis 1000 Personen eingefunden. Nach kurzer Ansprache legte sich der Zug an dessen Spitze die her Kommission ging, nach dem Polizeipräsidium in Bewegung. Die Kommission konnte weder den Polizeipräsidenten noch seinen Vertreter sprechen und mußte sich mit dem Scheitern des in Frage stehenden Demonstration begnügen. In Anknüpfung fand in Oberlands Hof (großer Saal) eine stark besuchte Händlerversammlung statt, welche sich mit der ganzen Materie befahte und nachstehende Resolution einstimmig annahm: „Die in Oberlands Hof stehende Protestversammlung erhebt energischen Widerspruch gegen jede Unterdrückung ihres Berufes, als sie von Seiten der Behörde, der Presse oder sonstigen Hebelvollstreckern kommt. Doch hat sich die Nation nicht von ihren Schuldigen gereinigt. Sie sind es, die weder ein Herz für das Protestant noch für uns Straßenhändler haben, darum wog mit ihnen. Ehrlichkeit und Gerechtigkeit wird auch unsere Feinde helfen. Als gemeinen Ruch gegen die Straßenhändler betroh-

ten die Anwesenden den folgenden erlassenen Artikel in der „D. S. am Mittag“ über die heutige Demonstration. Den Deutschen Händlerverband erkennt die Versammlung als Vertreter ihrer Interessengruppen an und erklärt — soweit dies noch nicht geschehen — denselben durch Mitgliedschaft zu unterstützen.

Bei einer Schlägerei erschossen wurde in der vergangenen Nacht ein unbekannter Mann in Reußhain. Gegen 1 1/2 Uhr wurde dem 4. Polizeirevier gemeldet, daß es in der Walterstraße zu einer großen Schlägerei auf offener Straße gekommen sei. Die Sicherheitspolizei eilte sofort herbei und versuchte die Ruhe zu stiften. Als sie einen jungen Menschen von etwa 22 Jahren festnehmen wollten, weil er keine Begleiter mit dem Revolver bedrohte, verzuchte er sich der Verhaftung zu entziehen. Auf dreiwertigen Anruf stand er nicht. Jetzt gab er Feuer und traf ihn so schwer, daß er tot zusammenbrach. Die Leiche wurde beschlagnahmt. Die Persönlichkeit des Erschossenen konnte noch nicht festgestellt werden. Wie es hier, soll er ein Schächter sein, das erscheint aber noch zweifelhaft.

Postverkehr mit Deutschland und der tschechoslowakischen Republik. Auf Veranlassung der Postverwaltung von Deutschland und der tschechoslowakischen Republik treten im Postverkehr aus Deutschland mit Deutschland, d. i. mit Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg, Steiermark, Kärnten und Tirol (nördlich der durch den Waffenstillstandsvertrag festgesetzten Scheidelinie) nebst Vorarlberg, sowie mit der tschechoslowakischen Republik, d. i. u. a. mit Böhmen, Mähren und Oesterreich-Schlesien, bis auf weiteres folgende Beschränkungen ein: Zugelassen sind nach Deutschland nur noch folgende Gattungen von Sendungen: gewöhnliche offene Briefe, gewöhnliche und eingeschriebene Postarten, gewöhnliche Warenproben, Zeitungen, Postanweisungen im Einzelbetrage bis zu 100 Kronen einschl. Pakete ohne und mit Wertangabe. In der Richtung aus Deutschland sind Postanweisungen nur noch bis zum Einzelbetrage von 60 Mark zugelassen. Zugelassen sind nach der tschechoslowakischen Republik nur noch folgende Gattungen von Sendungen: gewöhnliche Briefe, gewöhnliche und eingeschriebene Postarten, gewöhnliche Druckfachen, gewöhnliche Warenproben, Zeitungen, Postanweisungen im Einzelbetrage bis zu 100 Kronen einschl., Pakete ohne Wertangabe. In der Richtung aus der tschechoslowakischen Republik sind Postanweisungen nur noch bis zum Einzelbetrage von 60 Mark zugelassen. — Etwa noch vorkommende, hiernoch unzulässige Postsendungen werden den Absendern zurückgegeben.

Der Bäckermeister Richard Becker in Berlin, Emdenerstr. 59, ist wegen wiederholter Verstöße gegen die kriegswirtschaftlichen Bestimmungen auf die Dauer von 2 Monaten von der Mitgliedschaft ausgeschlossen worden.

Wilmersdorf. Der Turnverein- und Schülerinnen-Abteilung der „Freien Turnerschaft“ (R. d. A. L. B.) steht nunmehr die Turnhalle der I. Gemeindefschule, Gieselerstraße 1, Ecke Brandenburgerische Straße, Mittwoch und Freitag von 8—10 Uhr zur Verfügung. Das Eröffnungsturnen, wozu Gäste herzlich willkommen sind, findet Freitag, den 28. d. M., statt. Die Schule re-organisiert in der Turnhalle am Hindenburgpark, Ecke Auguststraße, Mittwoch und Sonnabend von 8—10, die Jugend- und Männerabteilung von 8—10 ebenda.

Der Arbeiter-Turnverein zu Adlershof turnt nunmehr absonderlichen Abenden in der Gemeindefschule: Montag und Freitag von 8—10 Uhr die Frauenabteilung; Dienstag und Freitag von 8—10 Uhr die Männerabteilung; Dienstag und Freitag von 8—10 Uhr abends die Jugendabteilung. Mitglieder werden in jeder Turnstunde aufgenommen. Gäste willkommen. Auch Freunde des Fußballsports können sich den Mannschaften der Fußballabteilung anschließen.

Lebensmittellisten.

Wilmersdorf. Die Gemeinde verkauft den Personen über 70 Jahre je 4 Pak = ca. 1 Pfd. Zwiebeln 3. Preise von 1,65 M. oder je 4 Pak = ca. 1 Pfd. Reis zum Preise von 1,45 M. Der Verkauf findet in den beiden Gemeindefäden, während der üblichen Verkaufsstunden (8—1 und 4—7 Uhr) statt. Er beginnt am Montag, den 3. März und endet am Sonnabend, den 8. März. Ein Bezugschein über die Berechtigung zum Empfang von Zwiebeln oder Reis ist im Rathaus, Zimmer 28 von Mittwoch, den 26. 2. 1919 an in der Zeit von 8—12 Uhr vorm. gegen Vorlage der Geburtsurkunde zu erlangen.

Die im Juli 1918 ausgegebenen Bezugscheine werden für unzulässig erklärt, die noch vorhandenen Scheine sind zurückzugeben. Der neue Bezugschein ist aufzubewahren. Die Gemeinde verkauft freihändig Hauskaltwürste in Paketen mit 250 Gramm Inhalt zum Preise von 1,50 M., Flaschen mit 400 Gramm Inhalt zum Preise von 2,50 M. Der Verkauf findet in den drei Gemeindefäden, während der üblichen Verkaufsstunden statt.

Briefkasten.

H. M. Ihre Aufschrift erhalten. Besten Dank. Leider keinen Raum dafür. Kostet wird sich diese Gelegenheit schon nicht entgehen lassen.

M. G., Dantiger Straße. Ihr Vorschlag ist beachtenswert, kommt aber nun leider zu spät.

Verantwortlich für die Redaktion: Wilhelm Bielepp, Reußhain. — Verlag: „Die Freiheit“ G. m. b. H., Berlin. — Druck der Linden-Druckerei und Verlagsbuchhandlung m. b. H., Schiffbauerdamm 19.

Gute Bücher für den Ehestand

in mehr als 100 000 Familien verbreitet.

Der Menich

Werden, Sein und Vergehen von A. Fischerhoff. Mit vier farbigen Tafeln und 278 Illustrationen. Preis gebunden 7,50 M., gebunden 10 M.

Wann und Weib

eine Gesamtdarstellung ihrer physiologischen, sittlichen und kulturhistorischen Beziehungen von Dr. Verden. Preis gebunden 5 M., gebunden 8 M.

Das Geschlechtsleben des Weibes

von Frau Dr. Anna Fischer-Düdelmann. 20. Auflage mit vielen Illustrationen und einem zerlegbaren Modell des Frauenkörpers. Für die junge Frau, die Mutter unentbehrlich, für jeden Mann begebrenswert. Preis gebunden 5 M., gebunden 6,50 M.

Prof. Köhler nennt das begeistert ausgenommene Buch

Die aufgeklärte Frau

von Trakula Bogienst. Das Beste, das je über und für die Frau erschienen ist. Mit vielen Illustrationen der Frau in allen Lebenslagen. Preis gebunden 5 M., gebunden 6,50 M.

Wer über sich, die Ehe gute Aufklärung haben will, der lese diese vorzüglichen Bücher, Männer und Frauen der Wissenschaft haben hier ihr Bestes an Lebenserfahrung. Die Bücher sind einzeln oder zusammen zu beziehen durch Bogler & Co., Berlin W 9, Köthener Straße 27, Tel. 8.